

Präambel

Das Jahr 2024 ist geprägt von zunehmend eskalierenden katastrophalen Ereignissen, die auf die vom Menschen gemachte Erderhitzung und Zerstörung der Biosphäre zurückzuführen sind. Führende Klimaforscher:innen sehen uns in gefährlichen Zeiten auf dem Planeten Erde: „Wir befinden uns am Rande einer unumkehrbaren Klimakatastrophe. Es handelt sich zweifellos um einen globalen Notfall. Ein Großteil der Lebensgrundlagen auf der Erde ist gefährdet. Wir treten in eine kritische und unvorhersehbare neue Phase der Klimakrise ein.“ (Ripple et.al 2024, state of the climate report, eigene Übersetzung). Trotz unmissverständlicher Warnungen bewegen wir uns immer noch in die falsche Richtung. Erstmals wird die 1,5 Grad Schwelle des Pariser Klimaabkommens an mehreren zusammenhängenden Monaten überschritten, die globalen Emissionen befinden sich auf einem Allzeithoch. Trotz unmissverständlicher Klarheit der Wissenschaft gewinnen Klimaleugner:innen und Verharmloser:innen an Zustimmung in der Bevölkerung. Die wachsende Dringlichkeit des Handelns steht einer zunehmenden Veränderungsmüdigkeit gegenüber. Ein „Weiter so“ ist jedoch keine Option. Vielmehr müssen Wege gefunden werden, wie die bedrohliche Krise der Überlastung des Erdsystems wirksam eingedämmt und gleichzeitig die Zustimmung zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung aufrechterhalten werden kann.

Ein wichtiger Baustein ist dabei, die Herausforderungen auch dort anzugehen, wo konkrete Gestaltungsmöglichkeiten für die Menschen vorhanden und geeignete Lösungen positiv erfahrbar sind. Zahlreiche Entscheidungen über die Stabilisierung der Biosphäre, die Reduktion von Treibhausgasemissionen und die Eindämmung der Folgen der Erderwärmung können und müssen vor Ort in den Kommunen und in den Regionen getroffen werden.

Die RegioCOP für Oberfranken bietet den Ort und die Möglichkeit zur Suche nach Lösungen und stößt Vereinbarungen zu deren Umsetzung an. Auf der RegioCOP2024 (COP steht für Conference of Pioneers) haben sich rund 400 Menschen in 16 thematischen Teilkonferenzen zusammengefunden, um Lösungsansätze zu formulieren und die Bedingungen zu deren Verwirklichung zu diskutieren. Die Zusammenführung der Lösungsansätze und Kernforderungen wird im folgenden Dokument als Resolution der Abschlusskonferenz präsentiert und Entscheidungsträger:innen zur Unterstützung anempfohlen. Die Lösungsansätze sind jeweils wohlüberlegt und mit Expert:innen in den Teilkonferenzen fachlich diskutiert. Sie richten sich an unterschiedliche politische Ebenen: Viele Empfehlungen adressieren direkt die Kommunen, einige aber auch die Bayerische Landesregierung oder die Bundesebene, denn nicht selten bedarf es auch Gesetzesänderungen, um die richtigen Rahmenbedingungen für eine Transformation zu schaffen.

Die RegioCOP24 ist bereits die zweite regionale Klimakonferenz in Oberfranken und basiert auf den Ergebnissen der RegioCOP23 (<https://regiocop.de/regiocop-2023/teilkonferenzen-2023/>). Die diesjährige RegioCOP knüpfte an den diskutierten Handlungsempfehlungen an; so wurden in einigen Teilkonferenzen sehr spezifisch ausgewählte Forderungen mit Verwaltungsmitarbeiter:innen, politischen Entscheidungsträger:innen und Expert:innen diskutiert und vertieft; in anderen Teilkonferenzen, die zum ersten Mal stattfanden, bieten sie einen grundlegenden Überblick über Handlungsnotwendigkeiten.

Die Forderungen dieser Resolution sind eine Auswahl der wichtigsten Empfehlungen, auf die der Fokus in dieser RegioCOP gelegt wurde. Sie sind deswegen alles andere als allumfassend und ausreichend, weisen aber in die richtige Richtung. Sie sind Ausgangspunkt und Basis für konkretes Handeln und für die weiteren Bemühungen, wirksam und vor Ort an einer lebenswerten Zukunft zu arbeiten.

Resolution

Teilkonferenz Kommunalen Klimaschutz

Wir fordern den Bund und den Freistaat Bayern dazu auf, eine staatliche Grundfinanzierung des kommunalen Klimaschutzes sicherzustellen: KO1

Dies könnte erfolgen entweder durch die grundgesetzliche Verankerung von Klimaschutz (und Klimaanpassung) als Gemeinschaftsaufgabe (Ergänzung des Art. 91a GG) oder über die Überführung in eine Pflichtaufgabe mit Finanzierung über den Freistaat. Nur so kann eine langfristige, pauschalierte und wirkungsorientierte Finanzierung kommunaler Klimaschutz- (und Klimaanpassungsmaßnahmen) abgesichert werden.

Auch die Kommunen Oberfrankens sollen sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten für diese staatliche Grundfinanzierung einsetzen. Den Erstellern der Empfehlungen ist die angespannte Haushaltssituation vieler Kommunen bewusst. Daher ist die Zielrichtung unserer Empfehlungen vor allem die langfristige Finanzierung des kommunalen Klimaschutzes. Dennoch stehen den Kommunen auch in der aktuellen Situation Handlungsoptionen im Bereich kommunaler Klimaschutz zur Verfügung. Hierzu haben wir folgende Empfehlungen:

Wir empfehlen, dass alle Gebietskörperschaften in Oberfranken binnen eines Jahres einen Grundsatzbeschluss zur verpflichtenden Einbeziehung der Klimarelevanz in Planungs- und Maßnahmenentscheidungen und zum Ausbau der nachhaltigen Beschaffung fassen: KO2

Zur Umsetzung des Beschlusses ist es empfehlenswert **eine Klimawirksamkeitsprüfung von** Beschlüssen der kommunalen Gremien einführen. Hierfür gibt es bereits verschiedene erprobte Verfahren. Kleineren Kommunen wird die Wahl eines schlanken Systems empfohlen, z.B. eine qualitative Abschätzung ausgewählter Maßnahmen. Darüber hinaus sind bei Beschaffungen und Baumaßnahmen einheitliche **Nachhaltigkeitsstandards** anzustreben sowie ein **Monitoring** der Fortschritte.

Wir empfehlen innerhalb eines Jahres die Erarbeitung eines Konzepts für eine Transformationsagentur durch ein Gremium aus Transformationswissenschaft sowie Kommunalpolitik und -verwaltung. KO3

Das Konzept soll Aufgaben, Struktur, Raumbezug und Finanzierung einer Transformationsagentur beschreiben. Die Agentur soll bestehende Institutionen ergänzen, Doppelstrukturen sind zu vermeiden.

Teilkonferenz Fläche

Es braucht die **Etablierung einer regionalen Flächenkonferenz auf oberfränkischer Ebene**, durchgeführt durch die Regierung von Oberfranken. Diese bringt die einschlägigen Stakeholder zusammen. Sie basiert auf einer im Jahr 2025 durchzuführenden Grundlagenstudie zur aktuellen Nutzung von Fläche in Oberfranken und einem daraus entwickelten Szenario für nachhaltige und zukunftsfähige Flächennutzung. F1

Es braucht **fiskalische Anreize** (z.B. höhere finanzielle Zuweisungen), um flächensparendes Handeln von Kommunen als Pionieren des Wandels zu fördern. **F2**

Es braucht ein **Forschungsprojekt "Suffizienzbasierte Entwicklungsstrategie, Bestandsanalyse und Modellierung zur Reduzierung von Flächennutzungskonflikten"**, das von einer Kommune/Integrierte Ländliche Entwicklung ins Leben gerufen und finanziell gefördert wird. **F3**

Teilkonferenz Wasser

Es muss zusammen mit den Landschaftsverbänden eine **klare, wissenschaftsbasierte Kommunikationsstrategie** aufgebaut werden, die ein Problembewusstsein zur aktuellen Landnutzung schafft. Dabei muss eine Definition für „gute, boden- und wasserfreundliche landwirtschaftliche Praxis“ gefunden werden. Zielgruppen sind dabei Landeigentümer:innen sowie Landnutzer:innen. **WA1**

Die **Vergabe von Versiegelungszertifikaten** soll ausprobiert werden. Ähnlich wie bei CO₂ Zertifikaten soll eine finanzielle Verantwortung über das Versiegeln von Fläche übernommen werden. **WA2**

Teilkonferenz Biodiversität – Fokus: Erhalt von Kulturlandschaften in Land und Stadt

Ländliche Kulturlandschaften: **B1**

Wir fordern die Erhaltung, Reaktivierung und Neuschaffung von artenreichen Kohlenstoff- und Wasser-bindenden Ökosystemen unserer teils jahrtausendealten ländlichen Kulturlandschaften und städtischen Grünflächen sowie die nachhaltige Sicherung der ökologischen Funktion und robusten Biodiversität (inkl. des Erhaltes alter Nutztier- und Nutzpflanzenarten). Wir verfolgen dabei das Ziel, die Lebens- und Daseinsgrundlagen von Mensch (Nahrung, Wasser, Rohstoffe, Energie) und Natur (Ressourcen, Kreislauf) langfristig aufrechtzuerhalten und biodiverse Landschaftsstrukturen regional funktional zu vernetzen.

Städtische, dichtbesiedelte Lebensräume: **B2**

Wir fordern die Umgestaltung zur Verbesserung der biometeorologischen Verhältnisse (Reduzierung Gesundheitsrisiken) in Verbindung mit umweltresilienter biologischer Vielfalt der Tier- und Pflanzenwelt in urbanen Belastungsräumen. Nötig sind dabei Elemente der blau-grünen Infrastruktur und Frischluftzufuhr durch geeignete Baukörperstrukturen zur Durchlüftung der Stadt. Beides muss durch sogenannte „bioklimatische Finger“ verbunden sein. Wassermanagement, Starkregen- und Dürre-Resilienz, Klima-angepasste Diversifizierung der Stadtökosysteme muss mit modernen Wohn-, Arbeits- und Mobilitätsformen verknüpft werden.

Umsetzung durch Vorrang - Berücksichtigung von Biodiversität, Klimaanpassung, Biotopvernetzung und Risiko-Resilienz: **B3**

Dies geschieht über eine Verankerung als kommunale Pflichtaufgaben in der Landesgesetzgebung. Ermöglicht wird damit eine verbindliche Festlegung der Verantwortlichkeit mit Entscheidungskompetenzen in den Kommunen (Gemeinden, Landkreise und Bezirke) inkl. verstetigter personeller/technischer Ausstattung der Verwaltung auf allen Ebenen. Zur Kontrolle bedarf es eines unabhängigen Umweltmonitorings von der

Bauleitplanung zum Regionalplan und zur Raumordnung. Es gibt zahlreiche, teils erprobte, teils vernachlässigte Instrumente zur Umsetzung der Belange Klimaanpassung, Biodiversität, Biotopvernetzung und Risiko-Resilienz: Ökologische Flurneuordnung, interkommunale (vertikale und horizontale) Zusammenarbeit und Ortsrecht (siehe textliche Langfassung in dem Abschlussdokument).

Teilkonferenz Ernährung – Fokus: Bioregionales Essen in Kitas, Schulen und weiteren Einrichtungen der Gemeinschaftsverpflegung

Empfehlung 1 (richtet sich an alle Kommunen in Oberfranken):

ER1

Wir wünschen, dass Kommunen ihre Hebelwirkung in der Gestaltung der Ernährungswende durch ihren Einfluss auf Ausschreibungen in der Gemeinschaftsverpflegung nutzen: Der Anteil an bioregionalen Lebensmitteln in allen kommunalen Einrichtungen soll bei 10% beginnen und sukzessive um jährlich mindestens 10 Prozentpunkte gesteigert werden.

Dieses sollte in ständigem Abgleich mit der aktuellen Angebotsituation und unter Einbindung der Caterer, Lieferanten und aller weiteren betroffenen Gruppen, wie Eltern, Patienten, etc. geschehen. Kommunale Beschlüsse dienen als Einstieg in den Prozess. Wir empfehlen, dass Kommunen in der Gestaltung der Ausschreibungen eng mit dem Ernährungsrat Oberfranken zusammenarbeiten, der den Auftrag des Bundesprogramm Ökologischer Landbau hat, Wertschöpfungsketten und Logistik für bioregionale Versorgungsstrukturen aufzubauen. Hinsichtlich der interkommunalen Zusammenarbeit kann das Coburger Modell als Orientierung dienen.

Empfehlung 2 (richtet sich an kommunale Spitzenverbände und Bayerischen Gemeindetag):

ER2

Eine gesunde, nachhaltige und resiliente Lebensmittelversorgung muss als Daseinsvorsorge der Kommune gelten und damit zur kommunalen Pflichtaufgabe gehören. Die hierfür im Rahmen einer Reform der Kommunalfinanzierung einzustellenden finanziellen Mittel können Kommunen einsetzen, um zum Beispiel resiliente Ernährungssysteme und eine bio-regionale Mittagsverpflegung für Kinder in staatlicher Obhut zu gewährleisten.

Empfehlung 3 (richtet sich ans Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus):

ER3

Koch- und Hauswirtschaftsberufe sollen reformiert und modernisiert werden und an die Bedarfe einer gesunden und vielfältigen Ernährungslandschaft angepasst werden: Wir fordern, dass Kochen mit saisonalen und pflanzlichen Produkten Teil einer jeden Kochausbildung wird. Dadurch und mit einer konzertierten Ausbildungs-offensive soll dem Fachkräftemangel begegnet werden.

Teilkonferenz Gesundheit

Bei der Planung der Klinikneubauten in Coburg und Bayreuth soll kritisch am Beispiel des Green Hospitalplus Lichtenfels eine **partizipative, Planetary Health Planung** umgesetzt werden. Dabei sollen Akteure wie der Lehrstuhl für Planetary Health, der Lehrstuhl für Ernährungsphysiologie, der Ernährungsrat, Architects for Future, Psychologists/ Psychotherapists for Future, das Kompetenzzentrum für klimaresiliente Medizin und Gesundheitseinrichtungen (KliMeG), das Personal sowie Patient:innen in der Planung miteinbezogen werden.

G1

Das Thema **Planetary Health muss als Querschnittsthema** umgesetzt werden. Dazu soll ein Ort für erlebbare Bildungsangebote zu gesundheitsfördernden Planetary Health Thematiken für alle Bürger:innen aufgebaut werden, zum Beispiel im Rahmen eines zentrales Gesundheitszentrums mit dem Schwerpunkt Gesundheitsförderung und Prävention.

G2

Teilkonferenz Sport – Fokus: Mobilität

Netzwerk nachhaltiger Sport Bayreuth/Oberfranken:

S1

Wir empfehlen ein sportartenübergreifendes Netzwerk zur Kommunikation, Kooperation und effizienter Ressourcennutzung (z.B. Weiterbildungsmöglichkeiten, Informationsangebot, Absprachen, Sharing-, Mietangebot & Mehrfachnutzung von Geräten & Räumlichkeiten).

Nachhaltige Mobilität im Sport soll von Anfang an mitgedacht und die ÖPNV-Anbindung und Taktung verbessert werden (z.B. ÖPNV-Veranstaltungstickets & Erreichbarkeit).

S2

Wir fordern Verbände dazu auf, **Nachhaltigkeit auf die Agenda zu setzen**. (z.B. Training, Wettkampfbedingungen, Spielzeiten & Rahmen anpassen).

S3

Teilkonferenz Mobilität

Attraktiver Umweltverbund:

M1

Der ÖPNV muss als bedeutender Teil des Umweltverbunds weiterentwickelt werden und eine größere Priorität erfahren. Die kommunalen Aufgabenträger:innen brauchen einen finanziellen und nachhaltigen Handlungsspielraum, um einen attraktiven ÖPNV, eine gut funktionierende Rad- und attraktive Fußwegeinfrastruktur bereitstellen zu können. Die Entscheidungsträger:innen in Kommune, Land und Bund brauchen den Mut, diesen Handlungsspielraum zur Stärkung des Umweltverbundes zu nutzen.

Kommune als Vorbild:

M2

Die Kommunen sind aufgefordert, ihre Vorbildfunktion entschlossen wahrzunehmen und die Mobilitätswende aktiv zu gestalten, um eine gleichberechtigte gesellschaftliche Teilhabe aller Bürgerinnen und Bürger zu gewährleisten. Dabei ist auf eine gerechte Flächenverteilung sowie eine transparente und nutzenorientierte Kommunikation zu achten, die die positiven Effekte für Individuum und Gemeinschaft klar aufzeigen.

Zukunftsagentur nachhaltige Mobilitätskultur:

M3

Die Veränderung des Mobilitätsverhaltens und von Mobilitätsmustern braucht gezielte Impulse und positive Beispiele. Wir empfehlen den flächendeckenden Aufbau und die Stärkung des Mobilitätsmanagements in Kommunen sowie Unternehmen. Zur besseren Koordination der vielfältigen Aktivitäten und Projekte zur Umsetzung der Mobilitätswende empfehlen wir die Einrichtung einer **Zukunftsagentur nachhaltige Mobilitätskultur in Oberfranken**.

Die Agentur gibt Kommunen und Unternehmen Anreize und Unterstützung beim Aufbau eines kommunalen und betrieblichen Mobilitätsmanagements. Sie bringt Verwaltungen Ressort- und Ebenen-übergreifend zusammen und vernetzt diese mit den Verkehrsbetrieben, VGN, zivilgesellschaftlichen Initiativen und einschlägigen Behörden, um den notwendigen Ausbau der Infrastruktur für nachhaltige Mobilität zu beschleunigen. Sie entfaltet Initiativen zur

Veränderung der Mobilitätskultur im Rahmen eines mehrjährigen, oberfrankenweiten Modellprojekts.

Teilkonferenz Energie + Netze

Bessere Ausnutzung der vorhandenen Netze:

EN1

Wir fordern die Bundesnetzagentur und den Gesetzgeber auf, die rechtlichen Einschränkungen der Netzbetreiber in der Kommunikation mit Kommunen und Anlagenerrichtern abzubauen und die Netzbetreiber zu berechtigen, freie Netzkapazitäten offenzulegen. Die Integration netzdienlicher Speicher ist einzubeziehen.

Schneller, material- und kosteneffizienter sowie umweltschonender Zubau von „Erneuerbare Energien“-Anlagen:

EN2

Wir fordern den Gesetzgeber auf, eine frühzeitige Abstimmung zwischen Netzbetreibern, Kommunen, Anlagenerrichtern und großen Verbrauchern bezüglich Netz- und Standortplanung (Erneuerbare Energien und Speicher) zu ermöglichen.

Wir fordern Wirtschaft- und Umweltministerium, sowohl auf Länder- als auch auf Bundesebene auf, diese Koordinierungsaufgabe den Regionalen Planungsverbänden unter Mitwirkung der Netzbetreiber zuzuweisen und entsprechende Mittel zur Verfügung zu stellen. Wir fordern Städtetag, Gemeindetag und Landkreistag auf, diese Forderungen und deren Umsetzung zu unterstützen.

EN3

Teilkonferenz Bauen I – Fokus: Stroh- und Lehmbau

Wir wünschen uns **Leuchtturmprojekte in Stroh-Lehmbauweise** in Oberfranken:

BSL1

Deshalb fordern wir alle Auftraggeber öffentlicher Bauten dazu auf, diese in Strohballenbauweise durchzuführen (vgl. Holz-Stroh-Haus St. Wunibald am Kloster Plankstetten, inkl. Kindergarten) oder zumindest deren Potential dafür zu prüfen. Ebenso wünschen wir uns von der Wohnungsbauwirtschaft und vom kommunalen Wohnungsbau, sich über die Möglichkeiten von Stroh- und Lehmbau zu informieren und diese Bautechniken im Planungsprozess zu berücksichtigen. Für den privaten Wohnungsbau fordern wir vom Bund, Freistaat Bayern und/oder der Regierung Oberfranken eine finanzielle Unterstützung von Modellprojekten in Stroh-Lehmbauweise. Speziell im Raum Oberfranken wünschen wir uns für diese Vorhaben auch eine ideelle Unterstützung von Politik und Verwaltung. Als konkretes Beispiel ist das Bauvorhaben „Projekt Hausland“ in Coburg-Scheuerfeld zu nennen. Weitere private Leuchtturmprojekte sind bereits in Planung. Alle Bürgerinnen und Bürger, die ein privates Bauvorhaben umsetzen wollen, laden wir dazu ein, sich zu Stroh- und Lehmbau von Fachleuten beraten zu lassen.

Wir wünschen uns, dass das **Anwendungsfeld Stroh- und Lehmbau in Oberfranken sozial-robust vertieft und entwickelt** wird:

BSL2

Dazu braucht es eine **finanzielle Förderung regionaler Forschungs- und Entwicklungsprojekte zu Stroh- und Lehmbau** durch den Freistaat Bayern und andere Fördermittelgebenden. An der Hochschule Coburg und an der Universität Bayreuth gab es erste Forschungsvorhaben. Diese sollten ausgebaut, finanziell ausgestattet und fortgesetzt werden. Außerdem fordern wir von der Regierung Oberfranken eine Finanzierung und Durchführung von oberfrankenweiten

Schulungen für Gewerke, Handwerkskammer, Berufsschullehrende, Bauverwaltung und Planende, um Fachkräfte in diesem Feld weiterzubilden. Zudem fordern wir Weiterbildungszuschüsse für private Schulungsangebote mit Qualifizierung zu Stroh- und Lehmbau.

Wir brauchen eine oberfrankenweite Vernetzung von Fachleuten und Interessenten des Stroh- und Lehmbaus: **BSL3**

Daher fordern wir eine **finanzielle Unterstützung für das entstehende „Stroh-Lehm-Bau-Netzwerk Oberfranken“** (Arbeitstitel) zum Beispiel in Form einer bezahlten Netzwerkmanagementstelle oder zur **Erstellung einer digitalen Netzwerkplattform**. Außerdem braucht das Netzwerk Finanzmittel zur Sensibilisierung der Öffentlichkeit für die Vorteile von Stroh und Lehm im Bauwesen.

Teilkonferenz Bauen II – Fokus: Klimaangepasstes Leben in Städten und Gemeinden

Es sollen leicht zugängliche kommunale und bundesweite Förderprogramme aufgelegt **BII1** werden, die direkt Dach- und Fassadenbegrünungen, sowie Entsiegelungsmaßnahmen unterstützen. Zudem sollen bei Entsiegelungen oder nur Teilversiegelungen Steuererleichterungen greifen, wie bspw. die Reduzierung oder der Wegfall von Abwassergebühren.

Kommunen sollen Freiflächengestaltungssatzungen als verbindliches Instrument im Baugenehmigungsverfahren anwenden. So können z.B. Unternehmen und kommunale Projekte verpflichtet werden, Freiflächen und Flachdächer ab einer bestimmten Größe zu begrünen und den Versiegelungsgrad zu reduzieren. **BII2**

Es müssen kommunale Informationsstellen eingerichtet werden, die über Begrünungsmöglichkeiten beraten, z.B. durch Vorträge, Websites, Personal, Broschüren, etc. Um Synergien zu erzeugen, soll die Beratung in Kooperation mit dem Bereich energetische Sanierung und Maßnahmen zur Förderung erneuerbarer Energien angeboten werden. **BII3**

Teilkonferenz Zivilgesellschaft – Fokus: Sektorenübergreifend den Wandel voranbringen

Wir fordern **Bildungs- und Aufklärungsangebote zu Klima- und Umweltschutzmaßnahmen für die gesamte Bevölkerung** (Kitas, Schulen, Volkshochschulen, Unternehmen, Broschüren). Dafür sollten Entscheidungsträger:innen in Politik und Verwaltung Finanzierungsmöglichkeiten schaffen und entsprechende Projekte anstoßen. **ZG1**

Wir fordern, dass **Politiker:innen und andere Entscheidungsträger:innen wissenschaftsbasiert und aktiv kommunizieren** in Bezug auf die Dringlichkeit der Klimakrise und in Bezug auf adäquate Maßnahmen, die globale Erwärmung einzudämmen. Dabei sollten die folgenden Tatsachen immer deutlich ausgesprochen werden: Die globale Erwärmung ist zu 100 % menschengemacht und hauptsächlich durch Treibhausgas-Emissionen verursacht. Um die globale Erwärmung zu stoppen und einen gesellschaftlichen und ökonomischen Kollaps zu vermeiden ist ein rasches Erreichen von Netto-Nullemissionen überall nötig, also auch hier in unserer Region. **ZG2**

Wir fordern von Politiker:innen und Verwaltungsmitarbeiter:innen eine **Stärkung der Demokratiepraxis**. Das heißt, die Möglichkeiten direkter demokratischer Beteiligung und zivilgesellschaftlicher Einflussnahme und Mitbestimmung sind entsprechend auszuweiten und wertzuschätzen. **ZG3**

Teilkonferenz Werte und Bewusstseinswandel

Wir wünschen uns von Menschen, die sich für Klimaschutz einsetzen, dass sie sich ihre **handlungsleitenden Werte bewusst machen**. Sie sollen verstehen, wie sich diese Werte entwickelt haben und was sie heute stärkt oder schwächt - und dazu das empathische Gespräch mit anderen suchen. Das gegenseitige Verständnis für die persönlichen Beweggründe bestärkt darin, weiter klimafreundlich zu handeln. **WE1**

Wir wünschen uns von Menschen, die sich für Klimaschutz einsetzen, dass sie Ängste, Wut und Verzweiflung und damit verbundene innere Widerstände berücksichtigen, welche die Klimakrise in ihnen selbst und in anderen auslösen kann – und dass sie lernen, sowohl entschlossen als auch **menschlich, verbindend und friedlich** über diese schwierigen Themen zu **kommunizieren**. **WE2**

Wir wünschen uns von Menschen, die sich für Klimaschutz einsetzen, dass sie sich in der nächsten Zeit dringlich besonders hinter die **Werte der Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und des gesellschaftlichen Zusammenhalts** stellen, weil diese die Grundlage für alles weitere ökologische Engagement bilden – und zunehmend gefährdet sind. **WE3**

Teilkonferenz Kirche

Wir möchten die im Oktober/November 2024 neu gewählten Kirchenvorstände / Kirchenverwaltungen und die bestehenden Pfarrgemeinderäte in Oberfranken dazu aufrufen, sich der **Bewahrung der Schöpfung** anzunehmen. Das bedeutet, dass in den jeweiligen Gremien **Bewusstseinsbildung** zu mehr Schöpfungsverantwortung stattfindet und die Erkenntnisse in die Gemeinden getragen werden. Bestehende Initiativen in Oberfranken, wie zum Beispiel das Bündnis für Klima- und Artenschutz Bayreuth, können entsprechendes Wissen vermitteln. **KI1**

Wir fordern die Landesebene der Evang.-Luth. Kirche in Bayern (ELKB) bzw. die Erzdiözese Bamberg auf, den Kirchengemeinden **Planungssicherheit sowie langfristige Strukturen für ihr Umweltmanagement** zu bieten und gleichzeitig **hemmende bürokratische Strukturen abzubauen**. **KI2**

Klima- und Artenschutz, gerechtes Umbauen und Umdenken vor Ort weckt bei vielen Menschen Ängste und Unsicherheit, wegen der finanziellen Herausforderungen und dem Verlassen gewohnter Strukturen. Hier fordern wir die ELKB auf Landesebene, bzw. die Erzdiözese Bamberg auf, ihre Strukturen zu ändern, um dem **kirchlichen Seelsorgeauftrag** begleitend nachzukommen. **KI3**

Teilkonferenz Hochschule

Es braucht dringend eine konsequente Ausrichtung der „Anlage S“ des Haushaltsplanes für das Ministerium für Wissenschaft und Kunst auf **energetische Sanierung und energieeffiziente Neubauten mit klimaschonenden Baumaterialien**, damit die Hochschulen in Bayern bis 2040 klimaneutral werden können. **H1**

Wir entschließen uns, den **Austausch zwischen den oberfränkischen Hochschulen** weiterzuverfolgen und in bestehenden Austauschrunden **Nachhaltigkeit** verstärkt zu integrieren. **H2**

Teilkonferenz Bildung für Nachhaltige Entwicklung

Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) soll Eingang in die Leitbilder von Bildungsinstitutionen, Kommunen, Unternehmen, Kirchen, öffentlichen Einrichtungen, Verbänden und Medien finden. **BNE1**

Für den Ausbau, die Koordination und die Verstetigung der BNE-Bildungslandschaft Oberfrankens braucht es **BNE-Manager:innen für Städte und Landkreise**. **BNE2**

Ausreichende und flexible finanzielle Mittel für die BNE-Manager:innen sowie einen regionalen Fördertopf für die Umsetzung verschiedener BNE-Bildungsangebote und Projekte sind erforderlich. **BNE3**

Die RegioCOP als Produkt eines breiten Bündnisses aus Politik, Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Wissenschaft soll fortgesetzt werden. Die Unterzeichnenden unterstützen die Fortführung der RegioCOP und beteiligen sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten an der Vorbereitung, Bewerbung und Durchführung der dritten Regionalen Klimakonferenz für Oberfranken RegioCOP 2025.